

„Düsseldorfer Erklärung“

**Eigenverbrauch nicht mit  
EEG-Umlage belasten!  
Regionale Vermarktungsoptionen  
für Grünstrom sichern!**

Gemeinsame Erklärung der Verbände:



Stand: 27. Mai 2014

## **Wind- und Solarstrom als zentrale Säulen der Energiewende**

Das Ziel der Energiewende in Deutschland ist, die Energieversorgung zunehmend auf erneuerbare Energieträger umzustellen und damit ein sicheres, nachhaltiges, dezentrales und bezahlbares Energiesystem aufzubauen. Neben der Windenergie wird dabei die Solarenergie den wesentlichen Kern dieses künftigen Energiesystems bilden. Regelbare regenerative Energieträger, wie die Bioenergie, Geothermie oder die Wasserkraft werden einen entscheidenden Beitrag zu deren Systemintegration leisten.

## **Eigenverbrauch und regionale Vermarktung: wesentlich für die Marktintegration**

Bei der Entwicklung auf diesem Weg bieten der Eigenverbrauch sowie die regionale Vermarktung von grünem Strom das große Potenzial, die tragenden Säulen der Marktintegration der Erneuerbaren Energien und hierbei insbesondere der Photovoltaik zu werden. Dabei ist Solarstrom für den Eigenverbrauch neben Einfamilienhäusern insbesondere für Wohnungsbaugesellschaften sowie Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft bereits wettbewerbsfähig.

## **Regenerative Selbstversorgung entlastet EEG-Umlage**

Schon heute entlastet der Eigenverbrauch von regenerativem Strom das EEG-Konto. Er wird nicht eingespeist und erhält somit auch keine EEG-Vergütung. Nach Branchenberechnungen würde eine EEG-Umlage auf eigenverbrauchten Solarstrom für Stromverbraucher die Preise nicht reduzieren und gleichzeitig einen erheblichen Verwaltungsaufwand für Betreiber schaffen.

## **Eigenverbrauch für Wärmewende und weniger Netzbedarf**

Selbstgenutzter Solarstrom fängt die Mittagsspitzen ab und reduziert den Netzausbaubedarf. In Verbindung mit Lastmanagement und lokalen Speichersystemen schafft Solarstrom den Einstieg in eine zukunftsweisende Gebäudesystemtechnik. Auch zur Wärmegewinnung kann der Strom mittels Wärmepumpen heute schon eingesetzt werden. Hinzu kommen andere erneuerbare Energieträger, die in genossenschaftlichen Selbstversorgungsmodellen eine Schlüsselrolle haben und nicht durch die zusätzliche EEG-Umlage gefährdet werden dürfen. Hier sei die Bioenergie genannt, die insbesondere im Zusammenhang mit der Wärmeversorgung und als Regelenergieträger notwendig für die Systemumstellung ist.

## **Neues EEG sieht massive Belastung für EE-Eigenverbrauch vor**

Im neuen EEG ist jedoch vorgesehen, den Eigenverbrauch von selbst erzeugtem Grünstrom massiv zu belasten. Während Großunternehmen mit eigenen Kohle- oder Gaskraftwerken pro Kilowattstunde selbst erzeugten Strom mit nur 15 Prozent der EEG-Umlage (max. 1 Cent) belastet werden, sollen kleine und mittelständische Unternehmen, Dienstleistungs- und landwirtschaftliche Betriebe, Handelsunternehmen sowie genossenschaftlich organisierte Bürgerkraftwerke künftig 50 % der EEG-Umlage (gut 3 Cent) zahlen. Wer seinen Solarstrom vom Vermieter bezieht, soll gar mit der vollen EEG-Umlage von 6,24 Cent je Kilowattstunde zur Kasse gebeten werden. Damit würden Eigenverbraucher auf 100-prozentigen, umweltverträglichen Strom künftig eine Umlage zahlen. Klimasünder werden so belohnt, Klimaschützer bestraft!

## **Die Politik muss Hilfestellung leisten statt auszubremsen!**

**Daher fordern die Unterzeichner dieser Petition:**

- **Keine EEG-Umlagebelastung für die Eigenstromnutzung aus Erneuerbaren Energien!**
- **Gleichbehandlung von Genossenschaften, bzw. Vermietern, die ihren Mitgliedern, bzw. Mietern selbst erzeugten Strom liefern und Unternehmen, die eigenen Strom verbrauchen.**
- **Entwicklung eines regionalen Vermarktungsmodells für regenerativen Strom, das ökologisch hochwertige Stromprodukte ermöglicht und gleichzeitig einen Beitrag zur verbesserten Systemintegration Erneuerbarer Energien leistet!**
- **Keine Einführung von Ausschreibungsmodellen für Erneuerbare Energien, da aktuelle Studien zu den Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass Ausschreibungen die Entwicklung einer Akteursvielfalt in der Betreiberstruktur begrenzen, dezentraler Energieerzeugung entgegenwirken, zu höheren Kosten führen und das Erreichen von Ausbauzielen verhindern.**